

Calmer Tagblatt

Nr. 205.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Hg. Restamen 2.—M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Freitag, den 3. September 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis 12.60 mit Postgelde. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur Lage.

Die Aussprache im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten gab dem Außenminister Dr. Simons Gelegenheit, seine seitherige Politik darzulegen und zu begründen, und man muß sagen: er hat diese in unserer traurigen Lage gewiß nicht leichte Aufgabe in ebenso geschickter wie freimütiger Weise erledigt. Er konnte auf Grund der seitherigen Ereignisse feststellen, daß die im russisch-polnischen Konflikt eingehaltene strenge Neutralitätspolitik Deutschlands die einzig richtige und mögliche gewesen sei und bleiben werde. Wenn wir uns einer der kriegführenden Parteien angeschlossen hätten, so wäre Deutschland zum Kriegshauptplatz geworden, und hätte alle die schweren Folgen zu tragen gehabt. Der Außenminister rechnet mit der allmählichen Umbildung des Bolschewismus in Rußland. Wenn man die Berichte der Führer der deutschen Unabhängigen, Crispian und Dittmann, die doch gewiß unparteiische Zeugen sind, über die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Rußland unter der Herrschaft der Bolschewisten liest, so wird wohl jedermann, der noch zu einem objektiven Urteil fähig ist, zugeben müssen, daß in einem kulturell so hochstehenden Lande wie Deutschland die Diktatur einer Minderheit über alle Gesellschaftsschichten einfach unerträglich wäre, und von längerer Dauer nicht sein könnte. In Rußland, wo die Volksmassen bisher in fast rechtlosem Zustand und im Zusammenhang damit absichtlich in Unwissenheit gehalten wurden, war die Ablösung der einen absolutistischen Gewalt durch die andere durchzuführen, und solche auf niedrigem Bildungsniveau und in Rechtslosigkeit lebenden Massen stellen sich auch mehr oder weniger gutwillig auf die fürchtbaren Lebensverhältnisse ein, in Deutschland würden solche Zustände aber nicht lange ertragen werden. Diese inneren russischen Wirren berechtigen uns aber, wie Simons richtig sagte, keineswegs, uns in die russischen Verhältnisse einzumischen, und dadurch das russische Nationalgefühl zu verletzen. Wir haben auch keinen Anlaß, der Entente, und namentlich unsere erbittertesten und gefährlichsten Feinde, die Franzosen und Polen, in ihrem Kampf gegen Rußland, der in erster Linie zwecks wirtschaftlicher und politischer Abschürfung Deutschlands geführt wird, zu unterstützen. Also ist die Einhaltung striktester Neutralität die beste Politik für Deutschland.

Allerdings wird uns diese Haltung durch die Polen und Franzosen über alle Maßen erschwert durch ihre jedem politischen und menschlichen Anstand Hohn sprechenden Uebergriffe und Gewalttätigkeiten im Westen und Osten. Nachdem erst vor kurzem die Saargebietsbewohner sich gegen französische Brutalität wehren mußten, haben die Polen und Franzosen zusammen in Oberschlesien unter der stillschweigenden Duldung der „internationalen“ (sage Entente-) Abstimmungskommission die furchtbarsten Schandthaten an den deutschen Einwohnern verübt. Daß die dort verübten Gräueltaten die schließliche Bevölkerung in höchste Aufregung versetzen mußte, war selbstverständlich, und so entstanden die unerquidlichen Vorgänge in Breslau, über deren Ursprung man nicht weiß, ob er nicht auf die Tätigkeit polnischer Spione zurückzuführen ist. Daß aber Frankreich die Gelegenheit ergreifen würde, sein Haß- und Rachegefühl zum Ausdruck zu bringen, damit mußte jedermann rechnen, und deshalb war die Demonstration, soweit Deutsche in Betracht kommen, ein Fehler. Die französische Sühnenote trägt den Charakter eines Ultimatums; denn sie verlangt binnen kürzester Frist Entschuldigung und Sühne, und dazu in einer Form, die bisher nur gegenüber halbzivilsierten Völkern üblich war. Wenn die Note betont, daß Frankreich mit Deutschland in eine Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit kommen wolle, so deuten der Ton und die unverschämten Forderungen gerade auf das Gegenteil solcher Absichten hin. Im Reichstagsausschuß haben deshalb auch sämtliche Parteien, mit Ausnahme natürlich der Unabhängigen, die im Hinblick auf ihre internationalen Schwärmerereien, die nirgends in der Welt Gegenliebe finden, kein nationales Empfinden aufzubringen vermögen, die Note als ungerechtfertigt bezeichnet, und angesichts der schweren Unterlassungen und Herausforderungen, die sich die Franzosen in Oberschlesien haben zuschulden kommen lassen, verlangt, daß vor Beantwortung der Note die Tatsachen bezüglich der polnischen Schandthaten und der offensichtlichsten Duldung derselben durch die Franzosen festgelegt werden. Es scheint also, daß Regierung wie Reichstag nicht geneigt sind, sich den französischen Annahmen ohne weiteres zu fügen.

O. S.

Nach der französischen Note.

Paris, 2. Sept. Die hiesigen Abendblätter drücken ihre Befriedigung darüber aus, daß Frankreich von Deutschland wegen der Breslauer Vorgänge Genugtuung gefordert habe. Der „Petit Parisien“ schreibt, daß diese Genugtuung vom Geiste der Bescheidenheit (der reinste Hohn!) getragen sei. Man müsse auch die Ausführung in bezug auf die Sühne der Schuldigen überwachen. Hierin liege gerade die Schwierigkeit. Frankreich dürfe keine Langmut zeigen, die jenseits des Rheins nur als Schwäche ausgelegt und dazu beitragen würde, die Agitation gegen Frankreich zu unterstützen. — Die Blätter behaupten, daß die deutsche Regierung allein verantwortlich sei und daß es nicht zu viel von ihr verlangt sei, alle Mittel aufzubieten, um die öffentliche deutsche Meinung zu gesunden und gerechteren Auffassung der Dinge zuzuführen. Die Presse ist der Meinung, daß man solche Kundgebungen gegen Frankreich nicht dulden dürfe und daß man dagegen mit aller Entschiedenheit vorgehen müsse.

Berlin, 2. Sept. Der „Matin“ meldet: Die Note an Deutschland ist in der Sitzung des französischen Kabinetts fertiggestellt worden. Die ursprüngliche Forderung lautete auf mehrere Millionen Franken Schadenersatz, doch wurden diese Forderungen deshalb auf 100 000 Franken herabgesetzt, um Deutschland keinen Vorwand zu geben, von Vergewaltigung zu sprechen und die Note abzulehnen. In der Sitzung des französischen Kabinetts sprach man die Ueberzeugung aus, daß eine Verhandlung mit Deutschland über den Inhalt der Note nicht angängig sei, sondern eine vorbehaltslose Annahme der französischen Forderung erfolgen müsse. — „Havas“ begleitete die Veröffentlichung der Note an Deutschland mit dem Zusatz, daß Frankreich auf das Mindestmaß dessen herabgegangen sei, was es für die in Breslau angetane Beleidigung fordern müsse. Es müsse Verhandlungen über die Art und Form der Sühne und der Schuldfrage jetzt ablehnen. Die Nichtannahme der französischen Forderungen würde zu sehr ernstlichen Weiterungen führen, über deren Form der deutsche Geschäftsträger, Dr. Mayer, genau unterrichtet ist.

Berlin, 3. Sept. Die französischen Zeitungen stellen in Betrachtungen der von der französischen Regierung verlangten Wiedergutmachungen für die Breslauer Vorfälle einmütig fest, daß die Forderungen der französischen Regierung in Anbetracht der unerhörten Vorkommnisse sehr gemäßigt seien. — Der „Temps“ schreibt: Es wäre falsch, anzunehmen, daß Frankreich über die Form mit sich handeln lassen würde. Wir hoffen, daß alles ohne Verzögerung geregelt werden wird. Der deutsche Geschäftsträger, Herr Dr. Mayer, wird bis morgen nach Rombold sich begeben, um dem Präsidenten der Republik sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Frankreich hat durchaus Vertrauen zu Herrn Dr. Mayer, aber wir müssen gestehen, daß wir nicht recht verstehen, wie Herr Dr. Mayer sein Beglaubigungsschreiben zu dem angegebenen Datum wird überreichen können, wenn seine Regierung nicht vorher die Forderungen der französischen Regierung genehmigt hat.

Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 3. Sept. Es soll, wie verlautet, den Anschein haben, als ob die Regierung die ersten 5 Forderungen zu erfüllen bereit sei, dagegen dürften die letzten Forderungen, die eine Bestrafung des Hauptmanns v. Arnim und einen offiziellen Entschuldigungsbefuch des Reichskanzlers Fehrenbach vorsehen, in ihrer jetzigen Fassung von der Regierung nicht angenommen werden. In Berlin werden die Verhandlungen zwischen dem Reichskabinet und dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons und dem französischen Botschafter Laurent geführt. Wie es heißt, soll Frankreich nicht abgeneigt sein, auf den Entschuldigungsbefuch des Reichskanzlers Fehrenbach zu verzichten und sich mit einem entsprechenden Bedauern des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Simons, zu begnügen. Bisher ist aber noch keine Verständigung erzielt worden über die verlangte Bestrafung des Hauptmanns v. Arnim. Von französischer Seite sind wohl Zeugen beigebracht worden, die behaupten, gehört zu haben, daß der Befehl zum Singen von Hauptmann v. Arnim ergangen sei. Ihre Aussagen sind aber sehr unsicher und stehen in schroffem Gegensatz zu den Aussagen der Soldaten, die übereinstimmend erklären, einen Befehl zum Singen nicht erhalten zu haben. Die deutsche Regierung will diese Aussagen durch Vernehnungen aus der Zuschauerermenge noch ergänzen und hofft dadurch einen Verzicht auf diese Forderung zu erreichen. Ihre Erfüllung wäre umso gefährlicher, als anzunehmen ist, daß sich die Reichswehr mit Hauptmann v. Arnim solidarisch erklären würde, was das Gefüge der Reichswehr stark erschüttern könnte.

Für ein Schilberhaus.

Berlin, 2. Sept. Der „Vorwärts“ entnimmt polnischen Zeitungen die Nachricht, daß der französische Kreisinspektor Oberst Blanchard der Stadt Kattowitz für die Zerführung eines Schilberhauses während des Aufstandes 10 000 Mark Geldstrafe auferlegte.

Unertägliche Zustände.

(Mitt.) Beuthen, 2. Sept. Die Bildung von Bürgerwehren auf paritätischer Grundlage schreitet unter großen Schwierigkeiten langsam fort, einmal weil die Meldungen zu den Bürgerwehren spärlich einlaufen, hauptsächlich aber, weil die polnischen Ortswehren, die sich die Polizeigewalt anmaßen, besonders in dem östlichen Aufstandsgebiet die Bildung von Bürgerwehren überhaupt verhindern können. In Beuthen dürfte die Bildung der Bürgerwehr deshalb unterbleiben, weil die Entente-Kommission abgeneigt ist, die Kosten auf den allgemeinen Landesetat zu übernehmen.

Der Krieg zwischen Rußland und Polen.

Der russische Bericht.

Moskau, 2. Sept. (Durch Funkpruch.) — Russischer Heeresbericht vom 1. Sept. Im Abschnitt Grodno sind nördlich von Selska bereits heftige Kämpfe im Gange. Abschnitt Schorn: Unsere Abteilungen warfen den Gegner, der das rechte Ufer des Bug bei dem Orte Opalin erreicht hatte, auf das linke Ufer des Flusses zurück. Im Abschnitt Wladimir entwickelten unsere Truppen den Vormarsch. Nach der Einnahme von Grubischow besetzten wir eine Reihe von Ortschaften. Im Abschnitt Sotol für uns erfolgreiche Kämpfe. Abschnitt Zemburg: Unter dem Druck des Gegners gingen unsere Abteilungen etwas nach Osten zurück. An der Arimfront in den Abschnitten Horislaw und Orschow kämpften unsere Truppen mit dem Gegner, der hartnäckigen Widerstand leistet.

Die Kämpfe um Zemburg.

Wien, 3. Sept. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Warschau, daß die Bolschewisten in den Kämpfen um Zemburg vollständig geschlagen worden sind. Große Massen von Gefangenen fielen in polnische Hand. Die Rote Armee sei auf Brody zurückgeworfen. Jede Gefahr für Zemburg sei behoben.

Der deutsche Lagebericht.

Königsberg, 2. Sept. Die neue Offensive auf dem linken Flügel der 12. Armee und der Armeekorps Budjennyj begegnet erfolgreicher polnischer Abwehr. Die Armeekorps Budjennyj ist durch Flankenangriff aus der Richtung Grabowies und nordwestlich von Lomaszow in bedrängter Lage. Der Rückzug ist eingeleitet.

Der Stand der Friedensfrage.

Warschau, 3. Sept. Eine amtliche Kundgebung befragt, die russische Delegation in Warschau habe den Wunsch, die Verhandlungen zu erleichtern und zu beschleunigen, geäußert. Nur die subjektiven Militärbehörden zeigten eine wenig wohlwollende Haltung. Die russische Delegation betrachtete ihre 15 Punkte nicht als Ultimatum, sondern erwartete polnische Gegenvorschläge. Die Haltung der Russen lasse hoffen, daß der dauerhafte von Polen gewünschte Frieden bald geschlossen sein werde. — Der Vorsitzende der polnischen Friedensdelegation ist am Dienstag in Warschau eingetroffen. Die Frage des Ortes der weiteren Verhandlungen war bis vorgestern noch nicht entschieden.

Paris, 2. Sept. Nach einem Radiogramm aus Warschau hat der polnische Minister des Aeußern erklärt, daß Riga als neuer Ort der Waffenstillstandsverhandlungen bestimmt worden sei.

Waldbrände in Rußland.

(Mitt.) Helsingfors, 3. Sept. Nach bolschewistischen Blättern nehmen die Waldbrände in Rußland einen katastrophalen Umfang an. Waldbrände werden insbesondere aus den Gouvernements Iwer, Kostroma, Jaroslaw, Wladimir, Moskau und Nischni gemeldet. — (Da hat sicher die Entente ihre Hände im Spiel.)

Italien und Sowjetrußland.

Paris, 2. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Rom wird der Sowjetdelegierte Borosly wegen Krankheit nicht nach Italien kommen. Die Sowjet-Regierung habe anstatt seiner das Agreement für Litwinow erbeten. Graf Sforza habe es aber abgelehnt.

Zur äußeren Lage.

Eine neue Entente-Konferenz in Geni.

Berlin, 2. Sept. Wie verschiedene Morgenblätter, z. B. der „D. Allg. Ztg.“, aus London gemeldet wird, werden Lloyd George, Millerand und Giolitti am 24. September in Geni zusammentreffen.

anden eine Kell-
tet. Einen wei-
ste verdeckt. Die
st noch nicht er-
erklimbungstraße
ein Fenster ein.
dem Dieb, der
entgegen, wurde
and mit 1100 M.
Aug. Der 50
g hatte, nachdem
nen Wortwechsel
nte er sich, holte
n Rechensteinern
ab und vermün-
e. Die Begleiter
einen tödlichen

nstube.

äume

chzeiten

n.

Ausführung.

e.

Telefon Nr. 17.

ung.

unde und Be-
en 4. Septbr.

Feier

Breitenberg

rer,

Raurermeister

er, in Nödenbach.

eltenberg.

adung entgegen

ung.

unde und Be-
en 4. Septem-

Feier

ter freundlichst

ermeister, hier.

ermeister, hier.

3. September,

e ich auf dem

reiftes

b ft

37.—

Altburg.

stiefel

in einigen Tagen

ir Herren, Damen

nd Kinder, sowie

Einige Frau en

en habe abzugeben.

Haaggasse.

Das französisch-belgische Militärabkommen.
Paris, 1. Sept. Der „Matin“ veröffentlicht eine Erklärung des belgischen Kriegsministers, die dieser dem Vertreter des „Matin“ gegenüber bezüglich des belgisch-französischen Übereinkommens gemacht hat. Darnach soll das Kriegsministerium, laut Abmachung, Frankreich im Falle eines aufgewungenen Krieges volle militärische Unterstützung zusichern. Auf die Frage nach dem Zweck des Abkommens sagte der Minister: Wir und Frankreich stehen heute allein. Sollen wir bis zum letzten Augenblicke warten, um dann eine gemeinsame Verteidigung zu improvisieren? Wir müssen vielmehr schon heute unsere Verteidigung organisieren. In Belgien wird dieses Übereinkommen einstimmig begrüßt werden. Dieses Abkommen ist nicht nur eine Garantie gegen künftige Kriege, sondern auch für die anderen Abkommen mit Frankreich.

Die Metallarbeiterbewegung in Italien.
Mailand, 1. Sept. In Verfolgung kommunistischer Ideen haben die Metallarbeiter in Mailand, Rom und Neapel zahlreiche Fabriken besetzt und die rote Fahne gehißt. In Mailand herrscht es sich dabei um 160 Werkstätten, in denen nach kommunistischen Methoden gearbeitet wird. — Wie der „Corriere della Sera“ schreibt, sehen die Arbeiter schon jetzt ein, daß sie, da die Ingenieure nicht vorwärts kommen. Die Fabrikleitungen haben jede Verbindung mit den Werkstätten abgebrochen und machen die Arbeiter für alle entstehenden Schäden haftbar.

Mailand, 2. Sept. Nach Meldungen aus verschiedenen Zentren des Landes nimmt die Metallarbeiterbewegung an Ausdehnung und Ernst zu. In Rom sind noch immer fünf Fabriken besetzt und sich in Turin die Lage die erst noch ruhig schien, hat sich verschärft. Die Arbeiter haben 26 Fabriken besetzt. In Neapel ist die beschlossene Besetzung der Fabriken nicht durchgeführt worden. Es wird nur Obstruktion geleistet. In Bergamo und anderen wichtigen Zentren der Lombardie, wo die Lage bisher ruhig war, beschloßen die Arbeiter Obstruktion zu lösen.

Der irische Freiheitskampf
Paris, 31. Aug. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London wurde das Ableben des Bürgermeisters von Cork für heute Nacht erwartet. Gestern soll der Bürgermeister erklärt haben, daß sein Tod mehr zur Vernichtung des ewalischen Reiches beitragen würde, als sein Leben.

Das Ergebnis der nordischen Ministerkonferenz.
Kopenhagen, 31. Aug. In der amtlichen dänischen Mitteilung über das Ergebnis der skandinavischen Ministerkonferenz in Kopenhagen heißt es zum Schluß: Man war sich einig, die auf der Delegiertenversammlung zu behandelnden Fragen gemeinschaftlich durch Ausschüsse in den drei Ländern eventuell durch ein Mitglied von jedem Ausschuss besetzt zu lassen. Es herrschte weiter Einigkeit darüber, die bisherige Zusammenarbeit zwischen den drei nordischen Ländern im Völkerbund fortzusetzen, ohne eine feste Gruppe innerhalb des Bundes mitzubilden und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu suchen, um allen diesen Ländern den gebührenden Einfluß innerhalb des Völkerbundes zu sichern und dessen Weiterentwicklung in einer Richtung zu fördern, die mit den bedeutungsvollen Aufgaben dieses Bundes übereinstimmt. Man besprach ferner die in der letzten Zeit in einzelnen Ländern angenommenen Gesetze betreffend die Schiffsfahrtsverhältnisse, die Bestimmungen zum Schaden fremder Länder enthalten und man einigte sich, die Interessen der drei nordischen Länder, wie früher durch gemeinsames Auftreten wahrzunehmen.

Der amerikanische „Friedenswille“.
(W.B.) Amsterdam, 2. Sept. „Eastern Service“ meldet aus Tokio vom 24. August: Die Polizei in Seoul verhaftete eine Bande Koreaner, die geständig sind, geplant zu haben, auf amerikanische Kongressmitglieder, die sich auf einer Rundreise befinden, ein Attentat zu begehen, um dadurch einen Krieg zwischen Amerika und Japan heraufzubeschwören. — (Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Amerikaner auf eine solche Art einen Krieg mit Japan vom Zaune reißen, wie sie es mit Spanien ebenfalls gemacht haben, indem sie ein eigenes Kriegsschiff im Hafen von Manila in die Luft sprengten, und dann behaupteten, es sei von Spanien getan worden. Wir weisen schon lange darauf hin, daß es eigentlich die notwendige Folge der Ergebnisse des europäischen Krieges ist, daß nun auch Japan von den Angelfächern und Romanen erledigt werden soll.)

Die amerikanischen Flottenrüstungen.
(W.B.) Charleston (West-Virginia), 1. Sept. (Reuter.) Marineminister Daniels sagte in einer Rede, die Verlagerung der Ratifizierung des Versailler Vertrags habe die Einstellung der Flottenvermehrung verhindert. Die Pläne für den Aufbau der amerikanischen Kriegsmarine seien insofern nicht abgeändert worden. Daniels sagte: Wir haben 18 Dreadnoughts-Schlachtschiffe und 1 Duzend andere mächtige Schiffe, die unsere Flotte durch ihre Kampfkraft an die Spitze der Kriegsstotten der Welt rücken. — (Das ist kein Militarismus?)

Deutschland.
Spernung der Kohlenausfuhr aus Oberschlesien.
Berlin, 1. Sept. Die Spernung der Kohlenausfuhr aus Oberschlesien nach Deutschland bestätigt sich laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“. Die Aufhebung wird jedoch stündlich erwartet. An sachverständiger Stelle hält man die Spernung lediglich für eine vorübergehende Maßnahme, um die Kohlenreserve auf den Halben der Bergwerke zu erhöhen. Während des Streiks waren diese Bestände stark angegriffen worden. Das ändert natürlich, wie das genannte Blatt sagt, nichts an der Tatsache, daß dadurch Deutschland wieder einseitig und schwer benachteiligt worden ist in Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags.

Amfliche Bekanntmachungen.
Mauls- und Klauenseuche.
Die Seuche ist in Weltenhausen (Gde. Altburg) erloschen. Die diesbezüglichen Spernmäßigeln werden aufgehoben.
Calw, den 31. August 1920.
Oberamt:
Bögel, Ammann, A. B.

Der Riesenbetrug der Bolschewistenherrlichkeit.
Berlin, 1. Sept. Zu den Erörterungen des Unabhängigen Abgeordneten Dittmann in der „Freiheit“ über die Zustände in Sowjetrußland bemerkt der „Vorwärts“, daraus ginge hervor, daß der Niedergang Sowjetrußlands, das Aussterben der russischen Städte erst von der bolschewistischen Revolution datiere. Jetzt sei der Riesenbetrug, der an dem deutschen Proletariat seit bald 2 Jahren mit der Sowjet-Herrschaft systematisch verjucht wurde, restlos aufgedeckt. Dittmann stellt fest: Nur auf dem Fundament der Passivität und Kulturlosigkeit der russischen Volksmassen in Stadt und Land konnte die bolschewistische Diktatur errichtet werden. Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Freiheit sind für andere als Kommunisten so gut wie aufgehoben. Die Wahlen erfolgen öffentlich. Geheime Wahlen sind verboten. Die Allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt. Defektware werden erschossen. Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Von den Mitgliedern der kommunistischen Partei ist der größte Teil bei einer Sowjeteinrichtung angesetzt.

Räuberüberfälle.
Berlin, 1. Sept. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ gibt der Staatsanwalt von Bochum bekannt, daß für die Ermittlung der Täter, die von einem Fuhrwerk der Zeche Emischer-Zippe 1 1/2 Millionen Mark geraubt hatten, die Belohnung auf 200 000 Mark erhöht worden sei.
Berlin, 1. Sept. Aus Königsberg meldet der „Berliner Lokalanzeiger“: In Memel wurde auf den Vizbankdirektor der Litauischen Bank ein Raubanschlag ausgeführt, wobei ihm 10 000 Mark abgenommen wurden. Darauf erbrachen die Täter den Geldschrank und raubten eine größere Summe in Tausendmarkscheinen.

Der Generalstreik.
Vor den entscheidenden Verhandlungen.
(S.C.B.) Stuttgart, 2. Sept. Die Lage am Donnerstag zeigte im allgemeinen ein unerbittertes Bild. Veruche terroristischer Art sind heute in Stuttgart unterblieben, da vom frühen Morgen ab starke Patrouillen von Polizeiwachleuten die Stadt durchzogen. Der kommunistische Plan, den Generalstreik bezirkswise verschärft zu führen, wurde dadurch vereitelt. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Das Straßenbild ist belebt, die Geschäftshäuser und Läden sind alle geöffnet. Die Straßenbahnlinien werden immer ruhiger und der Schmutz und Unrat der Straße häuft sich immer mehr, weil auch die städt. Arbeiter noch im Streik verharren. Zum traurigsten gehört wohl, daß die Friedhofarbeiter und Totengräber ihre menschlichen Pflichten vergessen haben, so daß Technische Notfälle bei den Beerdigungen noch immer in Anspruch genommen werden muß. Seit heute abend 5 Uhr sind die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Regierung im Alten Schloß versammelt, um über die Anerkennungsformel für den Steuerabzug, die Wiedereinstellung und die damit zusammenhängenden Bedingungen wie über die Bezahlung der Streikstage zu beraten. Es dürfte eine ziemlich lange Sitzung werden, bis eine Einigung erzielt ist. Es ist damit zu rechnen, daß die Verständigung erst morgen erreicht wird. Wenn früher, dann um so besser. Daß man noch nicht über alle Berge ist, zeigt die Kundgebung der Vereinigten Gewerkschaften, der „Asa“ und der drei sozialistischen Parteien, in denen sie die Arbeiter auffordern, den von den Firmen geforderten schriftlichen Revers betr. den Steuerabzug und die Anerkennung des Betriebsrätegesetzes nicht einzeln zu unterzeichnen.

Im Lande ist es ruhig geblieben. In Geislingen wurde der Generalstreik von der Arbeiterschaft einmütig abgelehnt, es wird dort voll gearbeitet. Dagegen sind die Eisenbahnwerkstättenarbeiter in Heilbronn in den Streik getreten. In Münster a. N., wo ein Streikaustritt die Gemeinde durch Streikposten absperren bzw. kontrollieren ließ, wurden in der Nacht zum Donnerstag 5 Mitglieder des Ausschusses durch Kriminalbeamte nach Stuttgart zum Verhör gebracht. Da der Schultheiß von Münster nicht zum Streikaustritt zählt, wurde er wieder entlassen. In Wadung hat die Verkehrswehr die Befehle des Bahnhofs durch Streikende verhindert. Es wurden dabei Warnungsschüsse seitens der Polizeiwehr abgegeben. Der Haupttradaumacher wurde festgenommen. Er befindet sich wohl und „ringt nicht mit dem Tode“, wie das Mitteilungsblatt des Aktionsausschusses schreibt.

Eine Abordnung der Gewerkschaften beim Reichspräsidenten.
(S.C.B.) Freudenstadt, 2. Sept. Auch die hiesigen Vereinigten Gewerkschaften nahmen in einer Kartellsitzung am Dienstag abend Stellung zum Steuerabzug und zum Generalstreik. Die Mehrzahl der Redner rief unter Hinweis auf die augenblickliche wirtschaftliche Lage von dem Eintritt in den Generalstreik ab. Es wurde, lt. „Grünzer“, ein Antrag angenommen, eine Abordnung zu wählen, die beim Reichspräsidenten Ebert persönlich vorstellig werden soll, um ihm die Wünsche und Auffassung der hiesigen Arbeiterschaft darzulegen. Reichspräsident Ebert hat diese Abordnung am Mittwoch abend in Gegenwart des Gesandten Hübendorfer empfangen. Ein Vertreter der Gewerkschaften legte dar, daß die hiesige Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrzahl den Steuerabzug nicht als geeignetes Objekt zum Generalstreik betrachte. Die hiesige Arbeiterschaft stehe Geweße bei Fuß, werde aber, wenn sich im Verlauf des Streiks zeigen sollte, daß wichtige Lebensinteressen der Arbeiter oder politische Rechte bedroht sind, solidarisch handeln. Sie

sel grundsätzlich mit dem Abzug der Steuer vom Lohn, d. h. an der Quelle, einverstanden. Nur verlange sie, daß der Steuerbetrag sich in erträglichen Grenzen halte. Reichspräsident Ebert erklärte in seiner Antwort er werde gerne die Wünsche der hiesigen Arbeiterschaft in bezug auf Vermeidung der ganz veränderten Verhältnisse seit Schaffung des Einkommensteuergesetzes d. h. Erhöhung des steuerfreien Einkommens bezugprozentuale Herabsetzung des Steuerabzugs der Reichsregierung übermitteln und sie bitten, diese Wünsche ernstlich zu prüfen. Die Durchführung der neuen Steuerergesetze habe sich dadurch verzögert, daß zuerst im Reich, namentlich in Preußen eine ganz neue Steuerbehörden-Organisation für die Steuerbeanlagen usw. geschaffen werden mußte. Das war eine Riesenarbeit. Über die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs werde bereit erhoben. Bei der Reichseinkommensteuer sei man augenblicklich dabei, zu erwägen daß jeder nach seinem vorjährigen Einkommen die Steuer zu zahlen habe. Habe er dann bei der endgültigen Veranlagung zu viel bezahlt, so werde es ihm später zurückbezahlt, habe er dagegen zu wenig bezahlt, so müsse er nachbezahlen. Was den Wunsch auf entschiedenere und schnellere Durchführung der Steuerergesetze, die die Kapitalisten treffen, anbelange, so beschäufte die Reichsregierung sich auch damit. Jedenfalls werde er diese Unterhaltung bekräftigen, um erneut die Regierung zu bitten, alles daran zu setzen, um so schnell wie möglich die Steuern der Bestehenden restlos einzuziehen. Der Reichspräsident wies im Laufe der dreiviertelstündigen Unterredung darauf hin, daß wir uns zurzeit in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. Während die Industriellen im letzten Spätsommer auf der Leipziger Messe Optimisten waren und Aufträge über Aufträge hatten, seien jetzt dieselben Leute große Besimften und wissen nicht, wie sie bei der Abdringung vom Weltmarkt, hervorgerufen durch den Einfluß teurer Rohstoffe bei niederem Valutastand, hohe Löhne und sonstige hohe Betriebskosten usw., über den Winter hinweg kommen werden. Der Reichspräsident bemerkte, daß wir nur durch ruhige, besonnene Arbeit unser Staatswesen zur neuen Blüte bringen können. Er freute sich, daß auch die hiesigen Arbeiter in diesem Sinne tätig seien. Mit der nochmaligen Versicherung, daß die vorgebrachten Wünsche bei der Reichsregierung eingehend geprüft werden sollten, fand die angeregte Unterhaltung ihr Ende.

Eine Erklärung der Sozialdemokratischen Partei.
(S.C.B.) Stuttgart, 2. Sept. Eine Vertrauensmännerversammlung der Sozialdemokratischen Partei hat sich heute Vormittag mit dem kurz zuvor erschienenen Flugblatt „Der Kampf geht weiter“, das auch die Unterchrift „Sozialdemokratische Partei“ trägt, beschäftigt. Sie faßte einstimmig folgenden Beschluß: Die Vertrauensmännerversammlung der Sozialdemokratischen Partei nimmt Kenntnis davon, daß das Flugblatt „Der Kampf geht weiter“ von ihren Vertretern unterschrieben worden ist, nachdem diese erklärt hatten, daß sie sich nicht den ganzen Inhalt des Flugblattes zu eigen machen, sondern nur dazu beitragen wollen, einer Zerplitterung der Arbeiterschaft vorzubeugen. Wenngleich die Sozialdemokratische Partei jede Verantwortung für diesen Kampf ablehnt, läßt sie doch volle Solidarität bis zur Beendigung des Streiks.

Vorbedingungen der Großbetriebe für die Wiederaufnahme der Arbeitnehmer.
Die Firmen Robert Bosch A.-G. und Maschinenfabrik Ehrlingen haben an ihre sämtlichen ausgesperrten Arbeitnehmer Postkarten gesandt, auf denen diese aufgefordert werden, folgende Erklärung unterschrieben zurückzusenden:
Die Arbeiter:
Der Unterzeichnete erklärt sich mit der Durchführung des gesetzlichen Steuerabzugs einverstanden und sucht um Wiedereinstellung nach. Er anerkennt die Gesetze, die das Verhältnis zwischen der Firma und ihren Arbeitnehmern regeln (Gewerbeordnung, Betriebsrätegesetz) und verpflichtet sich ausdrücklich sie einzuhalten.
Die Angeestellten:
Der Unterzeichnete erklärt sich mit der Durchführung des gesetzlichen Steuerabzugs einverstanden. Er anerkennt die Gesetze, die das Verhältnis zwischen Firma und ihren Arbeitnehmern regeln (Handelsrecht, Betriebsrätegesetz, Gewerbeordnung), und verpflichtet sich ausdrücklich, sie einzuhalten. Wie wir hören, sind schon zahlreiche derartige Erklärungen unterschrieben bei den Werkleitungen eingetroffen.

Die Lohnverluste.
Welche Summen durch den Streik der Arbeiterschaft verloren gehen, ergibt sich aus folgender Berechnung: In den drei Betrieben bei Bosch, Daimler und Ehrlingen sind zusammen rund 20 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Rechnet man als Durchschnittslohn für jeden Kopf täglich 30 M. (ein Satz, der in den Metallbetrieben, deren Arbeiter zu den bestbezahlten gehören, gewiß nicht zu hoch ist, vielmehr wahrscheinlich unter dem Durchschnitt bleibt), so gehen durch den Streik an jedem Tag allein in den drei Betrieben 600 000 M. für Lohn- und Gehaltsempfänger verloren. Aussperrung und Streik dauern seit Donnerstag, also bis zum heutigen Tage sechs Arbeitstage = 3 600 000 M. Man mag sich daraus berechnen, welche Summe entsteht, wenn auch noch der Lohnausfall in den anderen im Streik befindlichen Betrieben dazu gezählt wird.

Ein Aufruf der Reichsregierung.
Während die Durchführung des Steuerabzugs von Lohn und Gehalt in den meisten Gegenden glatt vor sich geht, haben sich in einzelnen Landesteilen Schwierigkeiten ergeben, die mit aller Entschiedenheit bekämpft und überwunden werden müssen. Die Reichsregierung hat darum schon vor einiger Zeit einen Aufruf verfaßt und an die Landesfinanzämter mitgeteilt, damit diese ihn nach Bedarf veröffentlichen können. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut: „Der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt findet in einigen Betrieben Widerstand bei den Arbeitnehmern. Diese übersehen, daß der von der Nationalversammlung beschlossene und vom Reichstag einstimmig bestätigte Steuerabzug eine Lebensnotwendigkeit des Reiches, wie auch der Länder und Gemeinden ist.

Die Arbeit
bei der
ist es mög
durch zw
Erstgenz
abzug u
beiter
gesetz, v
folgreiche
Steuerpf
muß das
10prozent
teren G
wird.
gesetz
entgegen
Arbeitge
Einsti
all im

ber
Ma
ten, Kri
deutsche
rachliche
April 1
Verjorg
Kriegerb
denen K
gen bei
spruch d
Einprü
der Reg
hervoru
Kriegerb
die das
hat, me
Ein erh
neuen C
das Gef
zulage,
nicht zu
Kente
vorgesch
ruht, w
beitsein
bares J
so erhal
Kente n
gegenüb
net wer
Krieges
Hälfte
bezüge
hat und
ter den
mehr als
anlassen
dem neu
nicht zu

ist wegen

kann, da
mit leie
Calw

h
E

Zu
vorzüglich

mpfel

aufmerksam
und es k
lesert me
Mof
Reps un
Sebe
darauf ge
Höc
Nach sicher

Ch
Zel

Die Arbeitgeber sind durch das Gesetz gezwungen, den Abzug bei der Lohnzahlung vorzunehmen, und nur auf diesem Wege ist es möglich, die Besteuerung des Einkommens zu sichern, ohne durch zwangsweise Beitreibung rückständiger Steuerschulden die Existenz des Arbeiters zu gefährden. Wer sich dem Steuerabzug widersetzt, schädigt das Interesse der Arbeiter und gefährdet zugleich die Durchführung der Steuer-gesetze, von denen der Wiederaufbau abhängt. Denn eine erfolgreiche Verweigerung dieser Steuer würde von anderen Steuerpflichtigen nachgeahmt werden. Die Reichsregierung muß das Gesetz ebenso durchführen, wie sie die Erhebung der 10prozentigen Kapitalertragsteuer durchgeführt hat und die weiteren Gesetze zur Besteuerung des Vermögens durchführen wird. Die Reichsregierung ist entschlossen, jedem Versuche zu geschweiger Ablehnung des Steuerabzugs mit allen Kräften entgegenzutreten und die zu seiner Durchführung verpflichteten Arbeitgeber und Beamten zu schützen; sie vertraut auf die Einsicht und Mäßigung der Arbeiterschaft, die sich fast überall im Reiche bereits bewährt hat."

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. September 1920.

Ein Aufruf des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten an den Reichstag.

Man schreibt uns: Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen richtet an das deutsche Volk, vornehmlich aber an die Reichstagsabgeordneten nachstehenden Aufruf: Die Nationalversammlung hat am 28. April 1920 das Reichsverorgungs-gesetz verabschiedet, das die Versorgungsansprüche der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen regelt. Obwohl das Gesetz in verschiedenen Punkten gegenüber dem bisherigen Zustand Verbesserungen bringt, muß es in mehreren Teilen den schärfsten Widerspruch der Opfer des Krieges hervorgerufen. Da bis jetzt alle Einsprüche der Versorgungsberechtigten beim Reichstag und bei der Regierung einen Willen zur Veränderung des Gesetzes nicht hervorgerufen konnten, wenden sich die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen an das deutsche Volk. Die Pflichten, die das Volk gegenüber den Opfern des Krieges zu erfüllen hat, werden durch das Reichsverorgungs-gesetz nicht erfüllt. Ein erheblicher Teil der Kriegsbeschädigten wird nach dem neuen Gesetz schlechter gestellt als bisher. Außerdem schafft das Gesetz durch die Gewährung einer sogenannten Ausgleichszulage, die ungelerten Arbeitern und deren Hinterbliebenen nicht zugute kommt, neue Unzufriedenheit. Eine Kürzung der Rente der Beschädigten und Hinterbliebenen ist in der Weise vorgeesehen, daß ein Zehntel der Versorgungsgebühren dann ruht, wenn die Versorgungsberechtigten ein steuerbares Arbeitseinkommen von mehr als 5000 Mark haben. Ist ein steuerbares Jahreseinkommen von mehr als 14 000 Mark vorhanden, so erhalten Beschädigte und Hinterbliebene überhaupt keine Rente mehr. Diese Einkommensgrenzen müssen angesichts der gegenwärtig herrschenden Teuerung als viel zu niedrig bezeichnet werden, um so mehr, als den vollständig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen ungefähr nur die Hälfte des Existenzminimums gewährt wird. Die Renten-bzüge eines verheirateten Kriegsbeschädigten, der zwei Kinder hat und vollständig erwerbsunfähig ist (100 Proz.), stehen hinter den Jahresbegehren der ledigen Reichswehrsoldaten um mehr als 2000 Mark zurück. Die Zahlen, die bis jetzt auf Veranlassung der amtlichen Stellen über die Höhe der Renten nach dem neuen Gesetz veröffentlicht worden sind, treffen deshalb nicht zu, weil dabei stets verschwiegen wurde, daß schon von

einem steuerbaren Einkommen von 5000 Mark ab die Renten teilweise und bei einem Einkommen von 14 000 Mark vollständig ruhen. Die von den amtlichen Stellen errechneten Ausgaben in Höhe von fünfeinhalb Milliarden Mark jährlich werden bei Aufrechterhaltung der Kürzungsbestimmungen nicht notwendig sein. Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wissen sehr wohl, daß sich das Reich in einer schwierigen finanziellen Lage befindet. Sie sind an dieser und an der langen Dauer des Krieges jedoch unschuldig. Das deutsche Volk muß durch seinen Reichstag dafür sorgen, daß die vorhandenen zweieinhalb Milliarden Kriegerhinterbliebenen und eineinhalb Millionen Kriegsbeschädigten nicht zu verbitterten Menschen werden, sondern bereit sind, an dem Wiederaufbau Deutschlands nach Kräften teilzunehmen. Das kann aber nur dann geschehen, wenn ihre eigene Existenz sichergestellt ist. Dies wird aber mit dem neuen Gesetz nicht erreicht. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß die Kriegseltern einen Anspruch auf Elternrente nach dem neuen Gesetz nur dann haben, wenn sie mit einem Einkommen von weniger als 1500 Mark jährlich zur Einkommensteuer veranlagt sind. Daß unter diesen Verhältnissen der größte Teil der bedürftigen Kriegseltern sich um Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bemühen muß, ist ohne weiteres klar. Diese Schande muß jedoch das deutsche Volk von sich abwenden. Daher muß das Versorgungs-gesetz beseitigt werden.

Die Ortsgruppe Calw bittet die gesamte Bevölkerung des Oberamts, sich an der am Sonntag, nachmittags 2 Uhr in Calw stattfindenden Massensammlung für die Kriegsoyfer in Deutschland zahlreich zu beteiligen. (Siehe Anzeiger.) Die Redner des Reichsbundes werden dort ein klares Bild über die Vor- und Nachteile des neuen Versorgungs-gesetzes geben. So wie die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen Opfer für die Gesamtheit gebracht haben, so muß es jetzt Pflicht des Volkes sein, Opfer für die Beschädigten und Kriegerhinterbliebenen auf sich zu nehmen.

Kirchenkonzert.

* Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, wird das Leipziger Soliquartett für Kirchengesang am Samstag abend in Liebenzell und am Sonntag vormittag 11 Uhr in der ev. Stadtkirche in Calw ein Konzert veranstalten. Das Quartett besteht aus dem Begründer, Prof. Köhlig und seiner Gemahlin, sowie Fr. Kubel und Herrn Tränker. Vorgelesen werden prachtvolle geistliche Lieder aus allen Jahrhunderten. Die Leistungen des Quartetts haben überall großen Erfolg zu verzeichnen.

Mandolinenzkonzert.

Auf das am morgigen Samstag vom Mandolin- und Gitarren-Club im „Bad Hof“ stattfindende Konzert seien auch an dieser Stelle alle Musikfreunde hingewiesen. Das fein gewählte Programm verspricht einen schönen genutzreichen Abend.

Der September.

Der September, der neunte Monat, war nach der älteren römischen Zeitrechnung ursprünglich der siebte des Jahres. Karl der Große gab ihm den Namen Herbstmonat. Der Landmann wünscht Regen im September, wie die alte Bauernregel sagt: Am Septemherregen ist dem Bauern viel gelegen. Ein Tag im September ist nach altem Volksglauben für das Wetter ganz besonders maßgebend: Mariä Geburt am 8. September. „Wie sich's Wetter an Mariä Geburt tut verhalten, so soll's sich weiter noch vier Wochen gestalten.“ Der Volksmund hat auf den September noch manch Sprüchlein geprägt. So heißt es: Viel Eicheln im September, viel Schnee im Dezember. Ein anderer Spruch lautet: Sind auf Michaeli die Vögel noch da, ist der Winter noch nicht sehr nah. Als Monat der Tag- und Nachtgleiche ist uns der September in astronomischer Hinsicht

besonders interessant. Am 21. September tritt die Sonne in das Zeichen der Waage, gelangt wieder zum Äquator und macht Tag und Nacht zum zweitenmal im Jahre gleich. Wir bezeichnen dieses astronomische Ereignis als Herbstanfang.

Der U l t w e i b e r s o m m e r fliegt wieder durch die Luft und mahnt uns an die Vergänglichkeit alles Irdischen. Wenn die feinen Fäden dahin schweben, dann geht der Sommer zu Ende. Viele bringen das Wort U l t w e i b e r s o m m e r mit dem abgerissenen Fäden des Spinnwebes in Verbindung. Die menschliche Erscheinung des Spätsommers betrifft aber das Webgewebe einer winzigen Spinne, die auf ihrem Gespinn durch die Luft fährt.

Unehelich Geborene.

Nach dem Reichsgesetz hat der Standesbeamte bei Beurkundung von Sterbefällen und Eheschließungen, ferner im Aufgebote von Name, Stand und Wohnort der Eltern zu unterlassen. Dadurch wird vermieden, daß unehelich Geborene z. B. im Aufgebote öffentlich gekennzeichnet werden.

r. Bad Teinach, 2. Sept. Der bekannte St. Violinkünstler Adolf Morlang veranstaltet hier am Samstag den 4. September, abends 8 Uhr, ein Konzert, bei welchem er klassische Werke vortragen wird. Auch an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß allen Freunden guter Musik von Teinach und Umgebung ein schöner Genuß bevorsteht. Die Klavierbegleitung hat Herr Seminarlehrer Bezner (Nagold) übernommen. (Näheres im Anzeigenteil.)

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.

Samstag nach Trinit., 5. Sept. Vom Turm: 279. Predigt: 282, „Christen erwarten...“ 9 1/2 Uhr: Predigt, Stadtpfarrer Schmid. 10 1/2 Uhr Kirchenkonzert. Viedervorträge des Leipziger Soliquartetts von Prof. Köhlig. 1 Uhr Christenlehre mit den Söhnen des älteren Jahrgangs. Donnerstag, 9. Sept. 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Stefan Zeller. (Sonntag, 12. Sept. Abendmahl.)

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 5. Sept. (Schubengelfest.) 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und Amt, 1/2 Uhr Christenlehre. 2 Uhr Andacht. Montag 1/2 Uhr Gottesdienst in Bad Teinach. Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 5. Sept. Vormittags 10 1/2 Uhr Predigt und Hl. Abendmahl, Ulrich und Fischer. Nachmittags 2 Uhr: Bezirks-Liebesfest. Abends 8 Uhr: Bibel- und Gebetsstunde. Mittwoch 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

Für die Schriftleitung verantw.: Dito Schulz, Calw. Druck und Verlag der A. H. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Pebecco

hält Mund und Zähne rein und gesund.

Probetuben versenden kostenfrei

P. Beiersdorf & Co., G. m. b. H., Hamburg 30.

Stadtgemeinde Calw.
Die Schießbergabfahrt
ist wegen Umbauarbeiten bis auf Weiteres g e s p e r r t.
Die neue Panoramastraße
kann, da erst anfangs Oktober gewalzt wird, von heute ab mit leichteren Fuhrwerken befahren werden.
Calw, den 2. September 1920.
Stadtschultheißenamt: J. V. Dreiß.

Dentist Kohler
hält seine Praxis bis
Ende Sept. geschlossen

Zu Beginn der neuen Ernte bringe ich meine anerkannt vorzüglich eingetretete

Deilmühle

zu empfehlende Erinnerung. Besonders mache ich auf meine

Delsaatenpulverei

aufmerksam, sie erpart das milchvolle Pulver zu Hause, und es kann der Samen samt Staub und Schalen eingeliefert werden.

Wohn wird jeden Tag geschlagen. Samstags auch Reys und Lein.

Jede Partie wird besonders verarbeitet und es kann darauf gewartet werden.

Höchste Ausbeute und reelle Bedienung ist bekanntlich sicher!

Chr. Rehner jr., Herrenberg
Telefon 68. am Bahnhof.

Eingang in
Damenkonfektion
Damen-Mäntel »» Kinder-Mäntel
Costüme »» Röcke
Billigste Preise. **Ernst Schall** Ruf-Nr. 68.

D.V. o. Fr.
Montag, den 6. Septbr.
mittags 4 Uhr Bahnhof-
restauration Teinach.
1. Begrüßung,
2. Christenlehre D. Bl.
39 S. 247.

Eine ältere
Frau
oder **Fräulein**
als Haushälterin zu kleinem Haushalt (2 Personen), sucht sofort
Adolf Dörflinger, Liebenzell.


Frische Seefische
sind eingetroffen bei
Georg Pfeiffer, Badstraße.
Ein Angora-Rammer
ist preiswert zu verkaufen.
Bischoffstr. 466.

Einen größeren Posten
Schulhefte
in verschiedenen gangbaren Lineaturen, 100 Stk. 75 Mk. das einzelne Stück 80 Pfg. hat wegen Wegzug zu verkaufen
Buchbinder Fuchs, Liebenzell, Schillerplatz.
Habe im Auftrag einen großen Posten
Säcke
zu verkaufen.
Gg. Wackenhuth, Calw.

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormitt.

Die Mitglieder des
Sungfrauen- und Martha-Bereins Calw
werden zu einem gemeinsamen
Besuch in Liebenzell
am Sonntag, 5. September, herzlich eingeladen. 1/4 Uhr
Vortrag
in der Kirche dort von Fr. Schuster-Stuttgart.
Abgang hier: nachmittags punkt 1/2 Uhr vom Brühl.
Vesper mitnehmen.

Most = Obst

kann noch bestellt werden
beim „Reichsbund“, Bernhardt, Badg. 350.
Bestellungen auf sofort lieferbaren Dünger-Aetz-Kalk
müssen bis spätestens 10. September bei mir aufgegeben werden.
Hugo Rau, Calw.
Fernsprecher Nr. 8.

Bestellungen auf vorzügliches
Tafelobst,
sowie Abschlässe auf
Mostobst
auch für waggonweisen Bezug können jederzeit angenommen werden zu billigstem Tagespreis. Säcke und Verpackungsmaterial muß gestellt werden. Näheres bei
Eugen Arnold, Obstverhandlung, Münster am Neckar, Weinstraße 27.

Bad-Teinach.
 Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr
 im Saale des Gasthofes zum „Sah“

Konzert

Ausführende: Adolf Morlang, (Violine), Stuttgart,
 Willy Bezner, (Klavier), Nagold.
 Werke v. Mozart, Beethoven, Mendelssohn.
 Eintritt Mk. 4.— (einschl. Steuer).

Hirsau.
 Auf heute Freitag Abend,
 den 3. September,
 lade ich meine werthe Kundschaft zu einer
 guten



Schlachtplatte

ein
 Paul Nonnenmann, z. „Waldborn“.

Würzbach.
 (Jesus ist unser Friede.)

Herzliche Einladung

zum

Jugendbund-Fest

Sonntag, den 5. September, nachmittags
 2 Uhr, im Garten der Geschw. Girsbach.
 Kommt betend
 und erwartet Segen von oben!

Der Jugendbund
 für entschiedenes Christentum.

**Bez.-Bienenzüchter-
 Verein Calw.**

Am Sonntag, den 5. September,
 nachm. 2 Uhr, findet bei Mitglied Lutz, z. „Waldborn“
 in Würzbach (Naislach)

Versammlung

eine
 Tagesordnung:
 1. Bienenversorgung. 2. Faulbrut. 3. Einwinterung.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein der Vorstand.

Umstände halber sehe dem Verkauf aus:
 ein schweres
Zucht-Schwein, 
 samt Jungen,
 ein 3/4 Jahre altes **Rind**
 sowie ein 4 Wochen altes
Kalb. Personen aus versuchten Orten
 wollen fernbleiben.
 Schultheiß Rothacker, Alzenberg.

Alfred Pfeiffer

Baumaterialien-Handlung

Empfehle mein großes
 Lager in sämtlichen

Baumaterialien

Bestellungen auf

Dungkalk

gemahlen u. in Stücken,

Aetzalk

werden entgegengenommen.

Hugo Rau, Calw

Baumaterialien

Fernsprecher Nr. 8 Lederstraße 179

Habe wieder ständig

großes Lager

in

Salzriegel, Biberschwänze, Dachplatten, Meter-
 und Kaminsteine, Schwemmsteine aller Größen,
 Hourdis, Hohlriegelsteine, Drainageröhren, Port-
 land-Cement, Schwarzkalk, Baugips, Rohrmatten,
 Steinzeugröhren aller gangbaren Lichtweiten und
 Längen, Cementröhren, Cement-Kandel-Röhren,
 Terrazzo-Wassersteine und ganze Spülapparaturen,
 Schiefer- u. Terrazzo-Ablauf- u. Ofensteine, feuer-
 feste Steine aller Stärken, Herdplatten, Steinzeug-
 und Speicherbodenplatten, glasierte Wandplatten,
 Trockenclosets, Closetdeckel, Kosmos-Salzbautafeln.

Von den bewirtschafteten Bau-Stoffen dürfen an eine Baustelle pro Monat
 ohne Freigabeschein verabfolgt werden: 50 Sack Kalk, 30 Sack
 Portland-Sement, 2000 Stück Meter- und Kaminsteine, 500 Stück Salz-
 ziegel, 1000 Stück Biberschwänze und Dachplatten, 200 Drainageröhren.

Zur Ausführung

elektr. Licht- und Kraft- anlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,

auch für Städtische Arbeiten zugelassen

empfiehlt sich

Adolf Braun, Biergasse Nr. 128,

Installations-Geschäft.

Zu verkaufen:

älterer Büroschreibtisch,
 1 Aufsatz-Stehpult, 1 ein-
 facher, eichener Nachttisch,
 1 kleines, rundes, eisernes
 Waschgestell verschiedene
 Gaslampen.
 Näheres Leberstr. 179.

Eine zum zweitenmal
 trüchtige, fehlerfreie
 Zug- u.
 Schaff-
 Kuh 

setzt dem Verkauf aus
 Ernst Stöfler, Dachtel.

Servier- Mädchen- Gesuch.

Wegen Erkrankung meines
 Mädchens suche ich für meine
 Weinwirtschaft ein ehrliches,
 fleißiges, freundliches Mäd-
 chen, zum Servieren. Wirts-
 tochter vom Lande bevorzugt.
Carl Waidelich
 „zum Köpfe.“

Für sofort wird ein
Mädchen
 gesucht, das selbständig
 kochen kann.
 Von wem, sagt die Ge-
 schäftsstelle des Blattes.

Kaffee

in bekannt guter
 Mischung,

roh und jede
 Woche frisch
 gebrannt

empfiehlt bestens

C. Serva

Fernsprech-Nr. 120.

Billige Fertel, Gelegenheitskauf!!

Infolge direkten Einkaufs
 und waggonweisen Bezugs
 kann ich prima feuchtfreie
 Oldenburger u. Hoyer Ferkel,
 bekanntlich die besten zur
 Mast zu konkurrenzlosen
 Preisen liefern und offeriere
 folgl.:

6-7 Wochen alte
 à Mk. 190.-210.-
 8-10 Wochen alte
 Mk. 240.-260.-
 10-12 Wochen alte
 Mk. 265.-290.-

Versand unter Garantie für
 lebende Ankunft gegen Nachn.
 Amtstierärztliche Untersuch-
 ung vor Absendung.
 Bedeutende Frachterspar-
 nis. Streng reelle Bedienung.
 Ein Versuch führt zu regel-
 mäßiger Nachbestellung.
S. Mohr jr., Ulm a. D.



A. Velschläger'sche Buchdruckerei Calw

Lederstraße Nr. 151 Fernsprecher Nr. 9.

Anfertigung aller Drucksachen
 jeden Umfangs für Handel
 und Gewerbe in moderner,
 zweckmäßiger Ausführung.

Kirchen-Konzert.

Das Leipziger Soloquartett für Kirchengesang

des Professors Bruno Röthig
 wird am

Samstag, 4. Septbr., abends 8 Uhr
 und Sonntag, 5. Septbr., vormittags 11 Uhr
 in Liebenzell
 in Calw
 in der Stadtkirche singen.

Zum Vortrag kommt:
Unseres Hellands Erdenwallen.
 (In Bethlehem. Durch Kanaans Gefilde.
 Auf Golgatha.)

Eintrittspreis 2 Mk. Eintrittskarten u. Programme
 sind bei den Messnern zu haben.
 Der Ertrag des Konzerts ist nach Abzug der
 Auslagen für wohltätige kirchl. Zwecke bestimmt.

Aufruf!

An sämtliche Kriegsoffer des Oberamts Calw.

Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehm., Kriegerhinterbl.
 erscheint in Massen

zu der am Sonntag, den 5. September,
 nachmittags 2 Uhr in Calw im Saale
 des Restaurants Weiß (früher Brauerei Dreiß)
 stattfindenden

öffentlichen Protestversammlung.

Thema: Das neue Versorgungs-gesetz und
 dessen Mängel. Soziale Fürsorge und
 deren Inanspruchnahme. Zurücksetzung
 der Kriegsoffer (besond. Schwerbeschädigter)
 bei Stellenbesetzung, Siedlungs- und
 Wohnungs- sowie Kleingarten-Fragen.

Hierzu sind sämtliche Kriegsoffer, Dienst- und Ver-
 waltungsstellen, Versorgungsamt, Schultheißenämter, Vertreter
 der Eisenbahn-, Verkehrs-, Postbeamten- und Unterbeamten-
 Vereinigungen und sämtlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-
 Verbände dringendst eingeladen.

Reichsbund Bezirks-Leitung Calw.

Bernhardt, Vors.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Be-
 kannte zu unserer am Samstag, den 4. Septbr.
 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Krone“ in Breitenberg
 freundlichst einzuladen.

Jakob Wahl, Maurer,
 Sohn des † Johannes Wahl, Maurermeister
 in Breitenberg.

Marie Frommer,
 Tochter des Michael Frommer, Bauer in Röttenbach.
 Kirchgang um 12 Uhr in Breitenberg.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegen-
 nehmen zu wollen.

„Badischer Hof“.

Samstag, den 4. September, abends 8 Uhr

Konzert

des

Mandolinen- u. Gitarren-Club Calw

(M.-G.-C. 1919)

Eintritt 2 Mk. Der Ausschuss.

Vorverkauf
 in der Buchhandlung E. Kirchherr, Badstrasse.

Nr.
 Er
 Reti
 Zur
 (BT
 von B
 Staats
 verlegt.
 für Bres
 dazu: C
 schiedener
 mand w
 Trodem
 französis
 Chef der
 macht. C
 aus inte
 Gründen
 sehen ni
 der bei
 machen
 Lassen d
 ten der
 zur Bela
 pagnefü
 gefordert
 französis
 ist es ri
 Regierung
 Auswärt
 sowohl d
 die Sühn
 Frei h
 lich sch
 müssen i
 die fran
 Forderung
 völli
 werden.
 Franzose
 lauer. B
 mißhand
 Dorfalls
 größten
 schuflos
 den Bed
 französis
 ist. Wi
 und Ma
 Po l e n
 Auch for
 dem d
 geben.
 (BT
 die für
 August
 15 000
 * Be
 reich ist
 Meinung
 noch I e
 schafter
 rung. T
 Sitzung
 geht heu
 S
 Ber
 muß fest
 und wicl
 der dort
 schen reb
 Der
 jedes gl
 National
 Sterben
 Wie
 erklären
 druck alle